

30.11.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

eine knappe Woche nach dem Erdbeben im Langwedeler Raum zeichnet sich ein Bild des Schadens ab, den das Erdbeben vom vergangenen Donnerstag verursacht hat. Ich hatte über das Internet und die sozialen Netzwerke dazu aufgerufen, mir Schäden zu melden und zu berichten wo das Beben zu spüren war. Ich bin auch immer noch skeptisch bezüglich der offiziell von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) angegebenen Stärke des Erdbebens mit 2,9 auf der Richterskala.

Direkt am Tag nach dem Erdbeben habe ich Briefe an das Landesbergamt und die BGR geschickt und habe inzwischen von dort bereits erste Antworten erhalten. Sowohl Landesbergamt als auch die BGR teilen mit, dass in den kommenden Wochen die Daten der mobilen Messstationen ausgewertet werden, um ein genaueres Bild über die Stärke gewinnen zu können. Die BGR bestätigt, dass erste Meldungen aus dem Landkreis Verden „durchaus die Intensität IV („deutlich“ gem. der Europäischen Makroseismischen Skala) möglich erscheinen“ lassen und bestätigt den Eindruck vieler betroffener Bürger. Das Landesbergamt schreibt zu einem möglichen Zusammenhang zwischen Erdbeben und Gasförderung Folgendes: „Aufgrund der lokalen Nähe zu dem Fördergebiet kann die BGR einen Zusammenhang mit der Erdgasförderung nicht ausschließen. Ob aus den Ergebnissen der Datenanalyse eventuell genauere Aussagen abgeleitet werden können, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.“

Ich bleibe weiter dran an dem Thema und freue mich über weitere Schadenszusendungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Geschäftsführer der Stadtwerke Osterholz und Verden zu Besuch in Berlin

In dieser Woche hatte ich die Geschäftsführer der Stadtwerke Verden, Osterholz und Schleswig zu Gast in Berlin. Wir haben neben der mittlerweile für fast alle Besucher obligatorischen Führung durch den Reichstag intensiv über die Energiewende gesprochen.

Die Energiewende ist eine richtungsweisende Entscheidung gewesen, die uns alle vor große Herausforderungen stellt. Mit einem gemeinsamen Kraftakt werden wir das bewältigen. Die Stadtwerke Verden, Osterholz und Schleswig wollen und sollen einen Beitrag dazu leisten. Sie nehmen die Herausforderung der Energiewende gerne an, brauchen dafür aber Investitionssicherheit und müssen Gewinne für ihre Investitionen einfahren. Als kommunale Unternehmen sind sie nicht—wie andere Energieunternehmen—auf absolute Gewinnmaximierung ausgelegt und können so einen Beitrag als kommunale Unternehmen für die Menschen vor Ort leisten.



Wir haben auch intensiv über das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) gesprochen und welche Veränderungen daran sinnvoll und machbar sind.

Griechenland

Nach einer weiteren intensiven Beratung der Eurogruppe war die Anpassung des Griechenland II-Programms entscheidungsreif. Zunächst ist festzuhalten: Der aktuelle Troika-Bericht bescheinigt dem Land, inzwischen die für die Auszahlung der nächsten Tranche erforderlichen politischen Beschlüsse gefasst zu haben. Allerdings ist Griechenland aufgrund der zweifachen Neuwahlen in Reformverzug geraten. Zudem kommt die Haushaltssanierung wegen der konjunkturellen Entwicklung, die schlechter verläuft als erwartet, nicht so schnell voran wie geplant. Demnach kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass die Schulden-tragfähigkeit unter den aktuellen Bedingungen bis 2020 wieder hergestellt sein wird.

Die Eurogruppe hat daher eine Lösung erarbeitet, die den Erfolg des Griechenland II-Programms wieder realistisch macht. Bevor die Eurogruppe darüber am 13. Dezember 2012 einen formalen Beschluss trifft, haben wir im Deutschen Bundestag intensiv beraten und dann unser Votum abgegeben.

Folgende Anpassungen des Programms

erscheinen ausreichend, sofern sie gebündelt beschlossen werden:

- ➔ Reduzierung der Zinsmarge der Helferländer um einen Prozentpunkt auf 0,5%.
- ➔ Reduzierung der griechischen Bürgerschaftsprovision für EFSF-Darlehen um einen zehntel Prozentpunkt.
- ➔ Die EFSF-Darlehen an Griechenland werden um fünfzehn Jahre auf 30 Jahre verlängert, die Zinszahlungen werden um zehn Jahre gestundet.
- ➔ Die griechische Notenbank führt ein Sonderkonto für den Schuldendienst, auf das die nationalen Zentralbankgewinne ab 2013 ihre Erträge aus dem EZB-Staatschuldenrückkaufprogramm einzahlen.

Auf den deutschen Steuerzahler kommen verminderte Einnahmen aus KfW- und Bundesbankgewinn zu. Griechenland könnte mit dem neuen Finanzierungsspielraum des Eurogruppen-Vorschlags alte Staatsschuldenpapiere zu einem günstigeren Betrag zurückkaufen, als bei Fälligkeit zu zahlen wäre. Das mindert die Schuldenquote in großen Schritten.

Ländliche Räume sichern und ausbauen

In dieser Woche haben wir den Antrag „Zukunft für Ländliche Räume - Regionale Vielfalt sichern und ausbauen“ beraten und den Startschuss gegeben für die Umsetzung der insgesamt 105 konkreten Maßnahmen, mit denen wir bestehende Projekte zu Gunsten der ländlichen Regionen Deutschlands bündeln, Maßnahmen beschleunigen und neue Anregungen geben wollen.

Viel zu selten wird die Entwicklung der ländlichen Räume als Querschnittsaufgabe gesehen. Für uns ist diese Frage zentral. Wir leben in und von unserer regionalen Vielfalt. Das spiegelt sich auch in der Wirtschaft wider. Der überwiegende

Teil unserer 3,5 Millionen Betriebe kommt aus Gemeinden und Mittelstädten. Überall in unserem Land sind international erfolgreiche Unternehmen daheim.

Deswegen haben die Koalitionsfraktionen im Frühjahr eine 15köpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, der ich angehörte. Wir haben in intensiven Gesprächen mit Experten und Betroffenen Entwicklungshemmnisse aufgespürt, Probleme identifiziert und Lösungsvorschläge diskutiert und erarbeitet.

Endlich gute Nachrichten für Pferde- und Geflügelzüchter

Der Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche über die Tierschutzgesetznovelle abgestimmt. Dabei gab es zwei wichtige Änderungen für die Pferde- und Geflügelzüchter in den Landkreisen Osterholz und Verden.

Seit eineinhalb Jahren arbeite ich am Erhalt des Schenkelbrandes. Der Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Tierschutzgesetznovelle sah ein Verbot des traditionellen Schenkelbrandes vor. Aus falsch verstandenem Tierschutzgedanken heraus sollte der seit Jahrhunderten bewährte Schenkelbrand verboten werden. Das wäre ein herber Schlag für Pferdezüchter, Pferdeliebhaber und alle Reiter gewesen. Deshalb habe ich massiv in meiner Fraktion dafür gekämpft, dass wir das Verbot aus der Novelle herauslösen und den Schenkelbrand weiter erlauben. Bis Ende 2018 wird der betäubungslose Heißbrand zugelassen. Danach ist der Schenkelbrand weiter unter lokaler Schmerzausschaltung, die vom Tierhalter vorgenommen werden kann, zugelassen.

Auch für die Geflügelzüchter habe ich gute Nachrichten: Der Gesetzentwurf sah ein Ausstellungsverbot für Geflügelausstellungen vor. Ich bin von vielen Geflügelzüchtern aus den Landkreisen Verden und Osterholz darauf aufmerksam gemacht worden. Selbstverständlich habe ich mich sofort in den parlamentarischen Beratungen dafür eingesetzt, dass dieses Ausstellungsverbot aus der Gesetzesnovelle gestrichen wird. Es war ein hartes Stück Arbeit, aber es hat sich gelohnt und ich freue mich, dass es uns gelungen ist, sowohl Schenkelbrandverbot als auch Ausstellungsverbot zu verhindern.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range